

Wie verhalten sich Geflüchtete im Zielland und wieso?

geschrieben von Redakteur | April 10, 2025



Jenseits der Sprachbarriere: Neue Studie wirft Blick auf die schulische Ausbildung von Kindern

In Deutschland zur Schule gehen – das gilt als Goldstandard für die Integration geflüchteter Kinder. Hier lernen sie die Sprache. Hier lernen sie die sozialen Normen. Die Schulpflicht sichert diesen Anspruch des Staates ab. Doch wie verhalten sich die Eltern dazu? Erschwert der fachübergreifende Unterricht in einer Fremdsprache aus ihrer Sicht das Lernen? Und böte die Digitalisierung nicht auch Alternativen zum deutschen Klassenzimmer? Diesen Fragen sind die Makrosoziologin der Freien Universität Berlin, Prof. Dr. Céline Teney, und ihr Team nachgegangen.

Die Forschenden haben ukrainische Mütter und Väter befragt, die als Geflüchtete in Berlin beziehungsweise Warschau leben.

Die ersten Interviews fanden wenige Monate nach der russischen Invasion 2022 statt. Zwei weitere Runden folgten 2023 und 2024. Die Ergebnisse ihrer Studie „Educational strategies of displaced Ukrainians in Berlin und Warsaw. The role of transnational opportunity structure“ ist gerade im Fachmagazin „Population, Place & Space“ erschienen und online abrufbar unter (<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/psp.70032>)

Optionen über Grenzen hinweg

„Wir sind auf ein Phänomen gestoßen, das sich als transnationale Chancenstruktur beschreiben lässt“, sagt die Céline Teney. Die Makrosoziologin forscht unter anderen zum sozialen Konfliktpotenzial der Globalisierung. Sie betont: „Dank Digitalisierung haben sich digitale Beziehungsräume geöffnet. Das heißt, Geflüchtete können ihr Leben weitgehend jenseits von nationalstaatlichen Grenzen führen.“ Theoretisch gelte diese Tatsache auch für Schulkinder. Denn viele Länder – einschließlich der Ukraine – haben während der Covid-Pandemie eine Infrastruktur für Fernunterricht aufgebaut. Praktisch stehen geflüchtete Eltern in Deutschland lediglich vor die Wahl, ob sie ihren schulpflichtigen Kindern zusätzlich zum Präsenzunterricht muttersprachlichen Onlineunterricht aufbürden, trotz aller Risiken in die Heimat zurückkehren, damit die schulische Ausbildung in der Muttersprache und nach heimischem Lehrplan weitergehen kann oder vollständig auf Bildung an einer deutschen Schule setzen.

Auf Rückkehr hoffen und sich eingliedern

Für eine doppelte Beschulung entschieden sich 2022 deutlich mehr Befragte als 2023: Viele Eltern glaubten zu Beginn der Invasion noch an deren baldiges Ende. 2023 und 2024 muteten jeweils immer weniger Eltern ihren Kindern die Doppelbelastung zu. Das heißt, sie kehrten entweder in die Ukraine zurück oder

verzichteten auf den Unterricht in der Muttersprache. „Die Mehrheit setzt auf eine ausschließliche Beschulung im Zielland“, fasst Céline Teney zusammen. „Das bestätigt den in anderen Studien nachgewiesenen Wunsch der meisten Migrant*innen, sich einzugliedern.“

Sorgen um den Lernerfolg

Allerdings äußern viele Mütter und Väter, die sich für einen Verbleib in Deutschland entschieden, auch Unbehagen. Sie fürchten beispielsweise, ihre Kinder könnten aufgrund der Sprachbarriere schlechtere Noten bekommen als es ihren Potenzialen entspricht. Eine 17-jährige Schülerin aus Mariupol bringt es so auf den Punkt: „Meinen Traumberuf bekomme ich nur mit Bestnoten. Das wird auf Deutsch sehr schwer.“ Sie halte es für realistischer, sich mit einem guten ukrainischen Abschluss in Deutschland zu bewerben als mit einem mittelmäßigen deutschen Abitur, so die Teenagerin.

Auch die Willkommensklassen, die unter anderem das Land Berlin eingerichtet hat, stoßen auf Skepsis. Ziel dieses Angebots ist es, Kinder mit viel Deutschunterricht auf eine Regelklasse vorzubereiten. Zahlreiche Eltern halten das für vergeudete Zeit, weil sie perspektivisch zurück nach Hause möchten. „Das Zertifikat ist in der Ukraine wertlos. In einer Willkommensklasse wird nichts gelehrt, was ein Zehnjähriger nachweisen muss“, gab beispielsweise eine 32-jährige Kiewerin zu Protokoll. Manche Befragten befürchten sogar langfristige Nachteile, sobald sich die Kinder wieder an das Leben in der Ukraine gewöhnen müssten. „Tatsächlich lässt sich kaum von der Hand zu weisen, dass Menschen, die ihre eigene Muttersprache nicht idiomatisch einwandfrei sprechen und schreiben können, mit einem Makel behaftet sind“, gibt Céline Teney zu bedenken.

Debatten über Alternativen

Auf Basis dieses Befunds erwartet das Forschungsteam, dass künftige Fluchtwellen Diskussionen über die Beschulung der Kinder auslösen. „Die Schulpflicht an sich ist ein unverzichtbares Mittel der Integration“, sagt Professor Teney. „Eine Politik, die auf Deutsch als alleiniger Unterrichtssprache besteht, wird sich allerdings erklären müssen.“ In alternativen Szenarien werde die Muttersprache der Geflüchteten eine größere Rolle spielen. Das schließe auch eine Mischung aus Präsenz- und Online-Unterricht ein.

Nationaler Anspruch auch in Polen

Ansatzweise hat Polen diesen Weg eine Zeit lang beschritten – und dann eine Kehrtwende vollzogen. Bei Deutschlands Nachbarn durften Eltern ihre Kinder zunächst online auf Ukrainisch unterrichten lassen. Der Besuch einer polnischen Schule erübrigte sich dadurch, und viele Geflüchtete machten gerne von dieser Option Gebrauch. Im September 2024 ordnete Warschau dann Vor-Ort-Unterricht an. Die Regierung begründete diesen Schritt mit dem Wunsch nach mehr Assimilation. Auch von Anreizen zur Rückkehr in die Ukraine war die Rede.

Fazit

„Die Verpflichtung auf Bildung nach den eigenen Regeln gehört zum legitimen Arsenal von Staaten, um Kinder von Geflüchteten zu integrieren“, lautet das Fazit von Professor Teney. Auf der anderen Seite könne eine transnationale Chancenstruktur dafür sorgen, Brüche in den Biografien von Geflüchteten abzumildern und Kindern den erhofftem Neustart in der Heimat zu erleichtern. „In diesem Spannungsfeld wird sich in Zukunft so manche bildungs- und integrationspolitische Debatte bewegen.“

Über die Studie

Im Auftrag von Professor Dr. Céline Teney führten ukrainische Assistentinnen im Sommer 2022 halbstrukturierte Interviews mit 82 vertriebenen Eltern schulpflichtiger Kinder. Die befragten Ukrainerinnen leben in Berlin beziehungsweise Warschau. An den Folgeinterviews im Frühjahr 2023 nahmen 60 und im Frühjahr 2024 noch 44 dieser Personen teil. Etwa ein Drittel der Befragten kehrte zwischen den Interviewrunden eins und drei in die Ukraine zurück.

Originalpublikation:

<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/psp.70032>

Christine Xuan Müller Stabsstelle Kommunikation und Marketing,
Freie Universität Berlin

Quelle: Pressemitteilung idw – Informationsdienst Wissenschaft